

Die Französische Revolution

Kurzer Überblick

Das durch das Engagement im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg hochverschuldete französische Königtum befand sich in einer permanenten Auseinandersetzung mit dem in den Gerichtskammern, den Parlements, vertretenen Hochadel, der seine Stellung durch den vom König begünstigten neuen „Briefadel“ gefährdet sah. Die Finanzkrise des Staates ließ sich nur durch die Einberufung der Generalstände lösen. Diese waren seit 1614 nicht mehr einberufen worden, da ihr Mitspracherecht sich nicht mit dem absolutistischen Anspruch des Königtums vertrug.

Die französische Gesellschaft entsprach immer noch der aus dem Mittelalter überlieferten Gliederung in drei Stände. Klerus (1. Stand) und Adel (2. Stand) waren in Steuerdingen privilegiert und teilten den politischen Einfluss unter sich auf, zumal der Adel die wichtigen Stellen in der Kirche besetzte. Der 3. Stand dagegen definierte sich weitgehend nur aus dem Fehlen der Kennzeichen des 1. und 2. Standes, umfasste also alle Schichten von den Manufakturarbeitern in den Großstädten und den Tagelöhnern auf dem Land bis zum reichen Großbürgertum in den Hafenstädten Westfrankreichs, das einen adelsähnlichen Lebensstil pflegte.

Die ungleiche Verteilung des Besitzes und das Ungleichgewicht zwischen Besitz und Steuerlast machte es für den 3. Stand selbstverständlich, die Generalstände als ein Forum zu nutzen, um eine grundlegende Reform Staatsfinanzen und damit der Privilegienordnung zu fordern. Als der König nach dem Zusammentritt der Generalstände jedoch dieses Problem zu umgehen schien, erklärten sich die Deputierten des 3. Standes zur Nationalversammlung und schworen sich, nicht eher auseinander zu gehen, bis Frankreich eine (neue) Verfassung habe.

Der König spiegelte Kompromissbereitschaft vor, Erster und Zweiter Stand schlossen sich der Nationalversammlung an. Der sich anbahnende Konflikt um die Bewaffnung der Bürgerwehren wurde in der Erstürmung der Bastille zu Gunsten der Bürgerwehren gelöst; die Nationalversammlung geriet jedoch zunehmend unter den Druck der Massen, die eine schnelle Lösung der wirtschaftlichen Probleme verlangten. Mit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte schuf die Nationalversammlung erste verfassungsrechtliche Tatsachen; die Aufhebung der Feudalrechte sollte jedoch den Druck der radikalisierten Bauern auffangen. Auch im Zug der Marktfrauen nach Versailles und der Übersiedlung der Nationalversammlung nach Paris musste sich diese dem Druck der Unterschichten beugen.

Für die großbürgerlichen Revolutionäre war die Revolution mit dem Plan einer Verfassung beendet, sie setzten jedoch zu sehr auf Kooperation mit dem König, der seinerseits nicht gewillt war, von seiner ererbten Machtstellung abzurücken. Von daher war Taktieren und Hinhalten für den König das Mittel, Zeit zu gewinnen. Aber trotz des Versuchs, sich zu den konterrevolutionären Emigranten zu flüchten, hielten die gemäßigten Kräfte am Königtum fest.

Die Wende brachte erst die Kriegserklärung Frankreichs an Österreich, die einerseits dem Volk einen gemeinsamen Gegner präsentieren sollte, andererseits dem König die vage Hoffnung eröffnete, die Revolution könnte als Verlierer aus dieser Auseinandersetzung hervorgehen. Der herausfordernde Umgang der Gegner, vor allem des Herzogs von Braunschweig, mit der Revolution, radikalisierte die Revolution indessen weiter und führte schließlich zur Verhaftung, Verurteilung und Hinrichtung des Königs und seiner Familie.

Um die Revolution in den politischen und wirtschaftlichen Problemen des Krieges zu retten, griffen die Revolutionäre, allen voran Maximilien Robbespierre, zum Mittel des Terrors, der auch in der physischen Ausrottung der vermeintlichen Revolutionsgegner bestand. Der Reaktion auf diesen Terror fielen schließlich Robbespierre selbst und seine Gesinnungsfreunde zum Opfer, das Bürgertum nahm in der Direktorialverfassung die Macht wieder an sich.